

# BERLIN GEMEINSAM GESTALTEN

- solidarisch, nachhaltig, weltoffen

Pressekonferenz  
Bilanz und Ausblick des Berliner Senats  
am 23. April 2021



# BERLIN GEMEINSAM GESTALTEN. SOLIDARISCH, NACHHALTIG, WELTOFFEN FÜR BERLIN.

Der rot-rot-grüne Senat hat sich vor viereinhalb Jahren auf den Weg gemacht, Berlin als solidarische, nachhaltige und weltoffene Stadt zu gestalten.

Als wir 2016 erstmals eine rot-rot-grüne Regierung für diese Stadt gebildet haben, setzten wir uns das Ziel, nachhaltig in eine Stadt von morgen zu investieren, ein lebenswerteres, klimagerechtes und bürgernahes Berlin zu schaffen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Vieles haben wir gemeinsam erreicht!

Wir haben Berlin sozialer gemacht, indem wir den Landes- und Vergabemindestlohn auf 12,50 Euro angehoben, Mindesthonorare in der Kunst eingeführt, sachgrundlose Befristungen abgeschafft und bezahlbaren Wohnraum geschaffen haben. Mit dem Mietendeckel wollte Berlin die hohe finanzielle Belastung vieler Berlinerinnen und Berliner durch den starken Mietanstieg der letzten Jahre zumindest zeitweise zu stoppen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass das Land Berlin hierfür keine Regelungshoheit hat, sondern diese ausschließlich beim Bund liegt. Nun ist der Bund angesichts der in den meisten Städten angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt gefragt, entweder ein wirkungsvolles Mietpreisrecht zu schaffen oder den Ländern die Kompetenz dafür zu übertragen. Wir haben Berlin ökologischer gemacht, indem wir Kohlekraftwerke abgeschaltet, massiv in den ÖPNV investiert und die Energiewende beschleunigt haben – und wir werden weiter an der CO<sub>2</sub>-neutralen Stadt arbeiten. Schließlich haben wir Berlin solidarischer gemacht, indem wir für viele Menschen in Not zu einem sicheren Hafen geworden sind und uns als Teil des europäischen Netzwerks Solidarity Cities für die Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt haben. Wir haben gezeigt, dass sich eine soziale und ökologische Politik auszahlt: Berlin hatte bis 2019 das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer und ist die unangefochtene Start-up-Hauptstadt Deutschlands. Seit 2016 sind in unserer Stadt 170.000 Arbeitsplätze entstanden.

Die Corona-Pandemie, die den Berlinerinnen und Berlinern einiges abverlangt, hat vieles verändert und uns stellenweise ausgebremst. Dennoch führen wir diese Stadt gut und geschlossen durch die Pandemie, auch weil wir vorausschauend in den öffentlichen Dienst und das Gesundheitswesen investiert haben. Unsere Hilfen für Unternehmen, Kultureinrichtungen und für Soloselbstständige in Not haben gezeigt, dass Berlin schnell und unkompliziert hilft. Dank einer stetigen Politik des Konsolidierens und Investierens ist der Berliner Haushalt so aufgestellt, dass er auch Krisensituationen wie der Corona-Pandemie standhält. Trotz der enormen Herausforderungen hat sich unsere öffentliche Infrastruktur bewährt. Der frühzeitige Einsatz für die Berliner Klinikoffensive – durch ein umfassendes Investitionsprogramm für die Qualität der Berliner Krankenhäuser – zeigt, dass Investitionen in das

Gesundheitssystem sich spätestens in Notsituationen auszahlen. Durch den schnellen Bau von Pop-up-Radwegen erhielten die Berlinerinnen und Berliner in der Corona-Pandemie ein zusätzliches, sicheres Mobilitätsangebot.

Das Fundament dieser Koalition bildeten drei Grundpfeiler, denen wir uns verpflichtet fühlen: Investieren in die Stadt von morgen, ein lebenswertes, bürgernahes Berlin und eine Stadt für alle!

## **INVESTIEREN IN DIE STADT VON MORGEN: WEICHENSTELLUNG FÜR DIE STADT DER ZUKUNFT**

Wir haben Berlin zu einer nachhaltig wachsenden Metropole für alle werden lassen und ein Jahrzehnt der Investitionen ausgerufen. Wir haben die Privatisierung der Stadt gestoppt und wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge wieder in kommunale Hände gelegt.

Wir haben wie selten zuvor den Bau von Wohnungen, Schulen (22.000 Plätze), Kitas (25.000 Plätze), Sporthallen, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen in unserer Stadt massiv vorangetrieben. Das Land Berlin wird dies in den kommenden Jahren mit den beschlossenen Milliardenprogrammen fortführen. Aktuell befinden sich 63.000 Wohnungen in Planung und Bau, durchgeführt durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Das sind 30.000 Wohnungen mehr als noch 2017.

Besonders zukunftsweisend sind die neuen Stadtquartiere, in denen über 50.000 Wohnungen entstehen werden. Räume für unterschiedliche kulturelle Nutzung werden hier von Anfang an mitgedacht. Mit besser finanzierten Hochschulen, mit der Ansiedlung von international renommierten Forschungsinstituten und den Zukunftsorten stärken wir Berlin als Zentrum der Innovation, der Kreativität und der zukunftsweisenden Forschung. Das macht Berlin attraktiv – für Start-ups, Kunst- und Kulturschaffende sowie die Wissenschaft. Dieses innovative Umfeld zieht Unternehmen an und sorgt für Investitionen, wie die 600 Millionen Euro von Siemens in den Innovationscampus Siemensstadt, sowie für große unternehmerische Ansiedlungen in und um Berlin.

Um den Klimawandel zu stoppen, haben wir die Klimanotlage anerkannt und umfassend in den Klimaschutz investiert. Dafür haben wir die jährlichen Treibhausgas-Emissionen reduziert, den Baumbestand erhöht, die Ladesäulen-Infrastruktur und die Solar-Energie ausgebaut. Mit Deutschlands erstem Mobilitätsgesetz wurden ÖPNV, Rad- und Fußverkehr gestärkt. Mit einem milliardenschweren Schienen- und Infrastrukturprogramm haben wir moderne Elektrobusse und Tausende neuer S- und U-Bahnwagen beauftragt.

## **EIN LEBENSWERTES UND BÜRGERNAHES BERLIN**

Berlin soll eine bezahlbare und lebenswerte Stadt für alle bleiben. Deshalb unterstützen wir Menschen, die von Verdrängung und hohen Mieten betroffen sind: Wir haben kostenlose Beratungs-

stellen für Mieterinnen und Mieter geschaffen, die Milieuschutzgebiete in den Bezirken nahezu verdoppelt, die Anzahl der geförderten Sozialwohnungen jährlich erhöht und viele Menschen vor Wohnungskündigungen und Zwangsräumungen geschützt. Mit dem Mietendeckel hat Berlin den Versuch unternommen, die hohe finanzielle Belastung vieler Berlinerinnen und Berliner durch den starken Mietanstieg der letzten Jahre zumindest zeitweise zu stoppen. Dieses Instrument ist vom Bundesverfassungsgericht auf der Landesebene verhindert worden. Nun ist der Bund gefragt, entweder ein wirkungsvolles Mietpreisrecht zu schaffen oder den Ländern die Kompetenz dafür zu übertragen.

Gemeinsam mit den Bezirken haben wir die Weichen für die Zukunft unserer Berliner Verwaltung gestellt. Dadurch konnten wir die Arbeit vieler Servicestellen wie dem Bürgeramt oder der Elterngeld- und Unterhaltsvorschussstelle deutlich verbessern. Polizei, Feuerwehr und Justiz haben wir personell erheblich aufgestockt und mit der Wache am Alexanderplatz oder dem zwölften Berliner Amtsgericht sicherer und bürgernäher gemacht.

## **EINE STADT FÜR ALLE: DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN**

Die Berlinerinnen und Berliner wollen gemeinsam friedlich und respektvoll leben, lieben und arbeiten können. Das Landesantidiskriminierungsgesetz bietet Menschen Schutz, die besonders von Diskriminierung und Benachteiligung betroffen sind. Mit dem Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt, dem Antisemitismusbeauftragten bei der Polizei oder der mobilen Wache im Regenbogenkiez am Nollendorfplatz schaffen wir Ansprechpersonen und sind vor Ort präsent. Das kostenlose Kita- und Schulesen, das kostenlose Schülerticket und das vergünstigte Sozialticket entlasten Familien in finanziell angespannten Situationen. Wir haben Bibliotheken zu „modernen Wohnzimmern“ der Stadtgesellschaft weiterentwickelt. Mit kostenlosen Besuchstagen in Museen ab Juli 2021 und weiteren Förderprogrammen stellen wir sicher, dass Kultur für alle erschwinglich bleibt. Damit sich Kunst und Kultur entfalten können, braucht es neben den Freiräumen auch reale Räume: Mit dem neuen Kulturraumbüro bündeln wir Kompetenzen und sichern schnell Objekte für freie Kunst- und Kulturschaffende.

Dank des Solidarischen Grundeinkommens können 1.000 Menschen, die lange Zeit keine Arbeit gefunden haben, wieder einer sozialversicherungspflichtigen und gemeinwohlorientierten Beschäftigung nachgehen.

## **DER ANFANG IST GEMACHT**

Dieser rot-rot-grüne Senat begleitet und unterstützt die Berlinerinnen und Berliner auf dem Weg zu einer lebenswerten Stadt der Freiheit für alle. Wir haben die Weichen gestellt: Berlin ist eine solidarische, nachhaltige und weltoffene Stadt.



# SENATSKANZLEI WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

## RAHMENBEDINGUNGEN FÜR STUDIUM, LEHRE, FORSCHUNG UND BESCHÄFTIGUNG VERBESSERT

Innovative Hochschulverträge und Budgetsteigerungen (3,5 Prozent/Jahr) im Gesamtumfang von über 760 Millionen Euro haben die Rahmenbedingungen für Lehre, Studium, Forschung und Beschäftigung an den Hochschulen und der Charité deutlich verbessert. Der Tenure-Track an Universitäten, neue wissenschaftliche Stellen an Fachhochschulen und mehr unbefristete Beschäftigung bieten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verlässlichere Perspektiven. Studentische Beschäftigte haben einen bundesweit einmaligen Tarifvertrag, das Berliner Studierendenwerk ist für seine Aufgaben gestärkt. In der Pandemie fördern das Virtual-Campus-Programm und 30 Millionen Euro digitale Lehre und Teilhabe am Online-Studium. Berlin führt in der Gleichstellung bundesweit: Der Frauenanteil bei Berufungen stieg auf 46 Prozent/Jahr. To-do: Weiterentwicklung des Programms zur Förderung von Chancengleichheit.

## IN MODERNE INFRASTRUKTUR INVESTIERT

Der 2017 gestartete Investitionspakt Wissenschaftsbauten hat verlässliche Perspektiven für die Entwicklung des Innovationsstandorts Berlin geschaffen und enthält bis 2036 bereits Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Umfang von 4,88 Milliarden Euro. Die #BrainCityBerlin wächst stark und an allen Standorten: von Buch bis Dahlem, von Adlershof bis Tegel. Die Zahl der in Umsetzung befindlichen Bauprojekte für die Hochschulen und die Charité wurde auf 87 vervierfacht. Große Fördersummen des Bundes konnten für Leuchtturmprojekte gesichert werden, etwa für den innovativen Wissenschaftscampus des Museums für Naturkunde und der Humboldt-Universität in Berlin-Mitte. To-do: Weitere Umsetzungsschritte zur Errichtung eines der modernsten Herzzentren in Europa auf dem Campus Virchow der Charité.

## NEUE IMPULSE FÜR SPITZENFORSCHUNG GESETZT

Forschungsstandort #1: Mit dem erfolgreichen Exzellenzverbund Berlin University Alliance aus FU, HU, TU und Charité, sieben Exzellenzclustern und rund 480 Millionen Euro Förderung von Bund und Ländern hat Berlin bundesweit eine Spitzenstellung eingenommen. Mit neuen Instituten wurden wichtige Impulse in zentralen Zukunftsfeldern gesetzt: Mit dem Einstein Center Digital Future, dem Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, dem KI-Leuchtturm BIFOLD oder dem Werner-von-Siemens Centre ist Berlin ein Hotspot der Forschung zur Digitalisierung und KI. Die erfolgreiche Integration des Berlin Institute of Health in die Charité und der Aufbau eines neuen Herzzentrums

sind zentrale Umsetzungsschritte der Strategie „Gesundheitsstadt Berlin 2030“. To-do: Ansiedlung von zwei neuen Fraunhofer-Forschungseinrichtungen in Berlin

## FACHKRÄFTESICHERUNG AUSGEBAUT

International nachgefragte Hochschulstadt: Berlin zieht Studierende weiter an, in vier Jahren zeigte sich ein Plus von 18.000 auf 197.800. Mit dem vielfältigen Studienangebot und gezielten Ausbau der Fachkräftebildung hat Berlin auf den konkreten Bedarf der Schulen, Verwaltungen, Unternehmen und der Gesundheitsbranche reagiert. Neue Studiengänge für Pflege und Hebammen wurden eingerichtet und das duale Studium an Fachhochschulen gestärkt. Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern wurde mit zusätzlichen 100 Millionen Euro für 150 neue Stellen und Professuren an den Universitäten, neue Gebäude und über 1.000 weitere Studienplätze erheblich ausgebaut. To-do: Fortsetzung der Fachkräftesicherung und Digitalisierung mit 56 Millionen Euro der Qualitäts- und Innovationsoffensive

- 760 Millionen Euro mehr für die Grundfinanzierung von Hochschulen und Charité
- Investitionspakt Wissenschaftsbauten mit 4,88 Milliarden Euro für Bau und Sanierung
- Berlin ist Hotspot für Digitalisierung und KI, hat neue Institute etabliert und die Zahl der Professuren auf über 100 verdoppelt
- Forschungsmetropole #1: Mit der Berlin University Alliance erfolgreichster Exzellenzstandort in Deutschland
- Lehrkräftebildung ausgebaut mit über 100 Millionen Euro für neue Stellen, Professuren, Gebäude und Studienplätze



# SENATSVERWALTUNG FÜR WIRTSCHAFT, ENERGIE UND BETRIEBE

## BERLIN KOMMT GUT DURCH DIE KRISE

Berlins Wirtschaft hat seit 2016 einen enormen Aufholprozess geschafft: Seit 2019 liegt unsere Wirtschaftskraft über dem Durchschnitt Deutschlands. Seit Amtsantritt des Senats sind rund 170.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Dieses Jobwunder hat selbst die Corona-Pandemie nicht aufhalten können – auch wenn die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ab 2020 die Berliner Wirtschaft stark getroffen haben. Der Senat legte gemeinsam mit dem Bund und der IBB Liquiditätshilfen auf, um Arbeitsplätze zu sichern und Insolvenzen zu vermeiden, u. a. für die Schankwirtschaft, Start-ups, gewerbliche Mieten, die Modebranche und mit den Soforthilfen I, II und V für Berlins kleine und mittlere Unternehmen, Soloselbstständige sowie den Mittelstand. Auch für den Neustart nach der Krise wurden Maßnahmen getroffen: Mit der Digitalprämie fördert die Wirtschaftsverwaltung konkret die Digitalisierung am Innovationsstandort Berlin, außerdem werden künftig Soloselbstständige sowie die Messe- und Veranstaltungsbranche stärker gestützt. Mit alledem konnten über 400.000 Arbeitsplätze gesichert werden.

## BERLIN IST START-UP-HAUPTSTADT

Berlin ist die Stadt der Kreativität und des Erfindergeistes. Gerade in schwierigen Zeiten wirken Innovationen wie Katalysatoren, um aus der Krise herauszuwachsen. Berlin wurde durch breite Unterstützungsangebote wie z. B. dem Berliner Startup Stipendium oder dem GründungsBONUS als Wirtschaftsstandort noch attraktiver, sodass sich seit 2016 über 1.600 Start-ups hier angesiedelt haben und noch operativ tätig sind. Während der Corona-Pandemie wurden diese beiden Programme finanziell aufgestockt und zusätzliche Hilfen für Start-ups von IBB und KfW zur Verfügung gestellt. Start-ups bieten in Berlin Arbeitsplätze für knapp 80.000 Menschen. In den elf Berliner Zukunftsorten haben gute Ideen den nötigen Raum zum Wachsen: Junge Unternehmen erhalten dort Zugang zu möglichen Partnerinnen und Partnern sowie Kundinnen und Kunden.

## BERLIN WIRD SOLAR UND ELEKTROMOBIL

Elektromobilität und erneuerbare Energien sind wichtige Kernelemente auf dem Weg zu einem klimaneutralen Berlin. Der Masterplan Solarcity zeigt auf, wie mehr Berliner Dächer für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden können. Das neu geschaffene Solargesetz macht diese zur Pflicht bei Neubauten ab 2023. Die Berliner Stadtwerke haben mit inzwischen rund 210 Anlagen etwa 40 Prozent der städtischen Solarleistung installiert, das ergibt mehr als vier Megawatt im Jahr 2020. Sie fördern aktiv Mieterstromprojekte, bei denen Erzeugung und Verbrauch am gleichen Ort stattfinden, und

bauen Windparks zur Erzeugung von berlinStrom, Berlins regionalem Ökostrom. Das erfolgreiche Förderprogramm „Wirtschaftsnahe Elektromobilität“ (WELMO) unterstützt Unternehmen und Selbstständige beim Umstieg auf E-Mobility und treibt so Berlins Mobilitätswende voran.

## **BERLINS BETRIEBE MACHEN DIE STADT FIT FÜR MORGEN**

Auch die Berliner Betriebe haben in den vergangenen fünf Jahren einiges erreicht. Mit dem neuen Verkehrsvertrag investiert der Senat kräftig in den ÖPNV: 12,7 Milliarden Euro für die nächsten 15 Jahre! Außerdem werden 1.500 neue U-Bahnen und 117 neue Tramfahrzeuge angeschafft. Wichtiger Meilenstein ist die Elektrifizierung der Betriebsfahrzeuge: Bis 2030 wird die gesamte BVG emissionsfrei unterwegs sein, auch ein großer Teil der BSR-Flotte konnte bereits elektrifiziert werden. Die flächendeckende Bioabfallsammlung wurde neu eingeführt. Von den Sammelfahrzeugen der BSR fährt schon die Hälfte mit Biogas aus ebendiesen Abfällen. Das reicht, um jedes Jahr 2,5 Millionen Liter Diesel und über 9.000 Tonnen CO<sub>2</sub> einzusparen. Die BWB investieren Milliardenbeträge in eine sichere und saubere Wasserversorgung der Zukunft und haben über 170 Trinkbrunnen im Berliner Stadtgebiet aufgestellt.

- Berlin hat 2018 und 2019 das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer gehabt. Rund 170.000 neue, zusätzliche Arbeitsplätze sind entstanden.
- Seit 2016 haben sich über 1.600 Start-ups in Berlin gegründet und sind noch operativ tätig. Die Berliner Start-ups bieten Arbeitsplätze für über 80.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und werden jedes Jahr mit Investitionen von mehreren Milliarden Euro unterstützt.
- Wir investieren in Berlin: Seit 2016 wurden 857 Anträge auf GRW-Mittel bewilligt, die Summe der Bewilligungen beläuft sich auf 407 Millionen Euro.
- Berlin hat das Klimaziel 2020 schon 2019 - vor Corona! - geschafft: CO<sub>2</sub>-Minderung um 40,7 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990. Das Ziel waren 40 Prozent bis Ende 2020.
- In Berlin wird durch die getrennte Sammlung und Wiederaufbereitung von Pappe und Papier jedes Jahr mehr Holz eingespart, als der Grunewald hergäbe.





# SENATSVERWALTUNG FÜR KULTUR UND EUROPA

## (FREI-)RÄUME FÜR DIE KULTUR KRISENFESTER UND NACHHALTIGER AUFSTELLEN

Damit Kunst und Kultur sich entfalten können, braucht es mehr als Freiräume: Es braucht reale Räume wie Bühnen, Ateliers, Clubs... Die Situation in Berlin forderte ein Umdenken, das Gehen neuer Wege. Mit dem neuen Kulturraumbüro bündeln wir Kompetenzen und sichern schneller Objekte. Der Rückkauf des Radialsystems V schützt einen Kulturort vor der Verwertung, in der Alten Münze entsteht ein Kulturort neu, das Verfahren für den ZLB-Neubau ist endgültig angeschoben. Wir denken Räume für Kulturnutzung beim Entstehen neuer Stadtquartiere von Anfang an mit. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie verletzlich die Kulturszene ist: die Selbstständigen ohne Sicherungssysteme und die prekär Beschäftigten. Berlin hat für sie schnelle, wirksame Hilfen auf die Beine gestellt. Wir geben den Berliner Kultur-Akteurinnen und -Akteuren durch verbesserte soziale Standards mehr Sicherheit. So müssen seit 2018 Tarifaufwüchse nicht mehr aus künstlerischen Etats der Einrichtungen bestritten werden, Mindesthonorare in Förderprogrammen wurden erhöht, ebenso die Ausstellungshonorare in bezirklichen Galerien sowie der Anteil an Festanstellungen in Musikschulen. Änderungen an der Fördersystematik erlauben bessere Planungssicherheit.

## DIVERSITÄT

Die Vielfalt Berlins begegnet uns überall in den Straßen der Stadt, doch in den Kultureinrichtungen bildet sich diese Vielfalt noch nicht hinreichend ab. Das wollen wir ändern: Personal, Publikum und Programm sollen die Diversität der Stadtgesellschaft abbilden. Vielfalt annehmen heißt auch, sich verdrängter Geschichte zu stellen. Berlin startet engagiert in die Aufarbeitung seiner kolonialen Vergangenheit, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen. Die Diversität Berlins spiegelt sich auch in der Glaubensvielfalt. Den Dialog der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften haben wir gefördert.

## DIGITALISIERUNG UND TEILHABE: KULTUR FÜR ALLE - IN DER GANZEN STADT

Nicht nur Kultur-Leuchttürme in der Mitte, auch die Fläche muss leuchten – dieser Maxime fühlen wir uns verpflichtet. Kulturelle Angebote überall in der Stadt, wohnortnah, für alle zugänglich: Die eintrittsfreie Zeitspanne wird mit dem Museumssonntag ab Juli 2021 eingeführt, wir stärken Kinder- und Jugendtheater deutlich, haben den Bezirkskulturfonds verdoppelt und mit der Bibliotheksentwicklungsplanung werden Bibliotheken zu modernen Wohnzimmern der Stadtgesellschaft. Wir haben das baukulturelle Erbe Berlins gewürdigt und eine Internationale Jugendbauhütte eingerichtet. Aber es braucht Menschen, die diese Angebote wahrnehmen. Deshalb haben wir erstmals eine

Studie zu Nutzerinnen und Nutzern – und auch Nicht-Nutzerinnen und Nicht-Nutzern – durchgeführt, um noch passgenauer Menschen für unsere Kulturlandschaft begeistern zu können. Es braucht neue Formen von Zugängen. Deshalb haben wir die Mittel für die Digitalisierung stark erhöht: Museen können Bestände digitalisieren und auf diese Weise zugänglich machen sowie einen Beitrag zur Provenienzforschung leisten, Kultureinrichtungen können sich modernen Erfordernissen anpassen, Apps (beispielsweise des Landesdenkmalamtes) machen Geschichte erlebbar und auch Antragsverfahren werden erleichtert. Daneben planen wir eine eigene, einheitliche Ticket-Plattform für unsere Kultureinrichtungen. In der Corona-Krise konnten digitale Angebote ihre Stärken ausspielen: Bühnen streamten, es gab virtuelle Museumsführungen, Clubs schalteten sich zusammen – die Digitalisierung erlaubte Kreativität und Solidarität.

## EUROPA IM HERZEN

Berlin trägt Europa im Herzen. Wir haben das Europäische Kulturerbejahr gemeinsam mit der Stadtgesellschaft gestaltet. Mit dem Neustart für den Kulturzug zwischen Berlin und Breslau und vielen Projekten der Oder-Partnerschaft fördern wir das Erlebnis Europa im Nahbereich. Darüber hinaus ist Berlin in Europa gut vernetzt und Teil verschiedener Städtenetzwerke. Als Teil der „Solidarity Cities“ engagiert sich Berlin für die Aufnahme von Geflüchteten und setzt ein Zeichen für Menschlichkeit. Berlin hat sich stark gemacht für die Weiterentwicklung der Sozialen Säule der EU. Unsere „Außenstelle“ in Brüssel hatte sich bis zum Beginn der Corona-Pandemie zu einer Bühne für Berliner Künstlerinnen und Künstler entwickelt – sobald es geht, wird diese besondere Art von Kulturaustausch fortgesetzt.

- Über 100: 111 Bau-, Garten- und Bodendenkmale sowie Gesamtanlagen, Ensembles und Ensembleteile wurden seit Beginn der Legislatur neu in die Berliner Denkmalliste aufgenommen. (Stand 18.02.2021)
- 100 Prozent: Tarifierhöhungen in Berliner Kultureinrichtungen werden ausgeglichen, sie gehen nicht mehr zu Lasten der künstlerischen Etats.
- Vervierfacht: Die Ausstattung für die Entwicklung digitaler Strategien und Projekte im Kulturbereich verdoppelt sich von 500.000 Euro in 2019 auf eine Million in 2020, in 2021 auf zwei Millionen.
- Plus eine Million: Wir stärken kleine und mittlere Kinder-, Jugend- und Puppentheater.



# SENATSWERWALTUNG FÜR INNERES UND SPORT

Berlins Innensenator hat seit 2016 alle Berliner Sicherheitsbehörden – Polizei, Feuerwehr und Verfassungsschutz – neu aufgestellt, Strukturen modernisiert und neues Führungspersonal gewonnen. Er hat die erste Polizeipräsidentin in der Geschichte der Berliner Polizei ernannt sowie einen neuen Landesbranddirektor und den Leiter des Verfassungsschutzes. Alle Sicherheitsbehörden wurden personell verstärkt.

## MEHR PERSONAL FÜR POLIZEI UND FEUERWEHR

Bei der Polizei konnten 2.260 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Jedes Jahr werden über 1.200 neue Polizistinnen und Polizisten eingestellt. Der Anteil von jungen Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei ca. 38 Prozent. Die Ausbildung an der Polizeiakademie in Ruhleben wurde reformiert. Bei der Feuerwehr wurden 858 Stellen neu geschaffen und mehr als 2.000 Beförderungen vorgenommen; bei der Polizei Berlin waren es 10.475 Beförderungen. Die Besoldung der Beschäftigten wurde auf den bundesdeutschen Durchschnitt angehoben. Die Präsenz und Sichtbarkeit der Polizei im Stadtbild hat sich deutlich erhöht. Seit Dezember 2017 gibt es am Alexanderplatz die Alexwache. Sie ist seitdem rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr geöffnet. Mit dem Konzept KoB 100, also Polizistinnen und Polizisten, die zu Fuß in den Kiezen unterwegs sind, dem Einsatz von Fahrradstreifen und mobiler Wachen ist die Polizei auch außerhalb der Streifenwagen ansprechbar und sorgt für die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt. Ab April werden wir weitere Polizistinnen und Polizisten im Rahmen von KoB 100 auf die Straße bringen. Damit stärken wir die Präsenz vor allem in den Außenbezirken. Nach dem Aufbau der Fahrradstaffel der Polizei Berlin werden ab Frühjahr in den Polizeiabschnitten der örtlichen Direktionen feste Fahrradstreifen zur gezielten Verkehrsüberwachung mit 60 Dienstkräften eingerichtet.

## ENTSCHLOSSEN GEGEN DEN TERROR

Nach dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz wurde die Terrorabwehr im Land Berlin neu konzipiert. Der Staatsschutz wurde personell und organisatorisch gestärkt, das Antiterrorzentrum wird gerade realisiert. Seit 2016 gab es Präventions- und Sicherheitspakete in Höhe von rund 58 Millionen Euro. Damit wurden moderne Waffen und Schutzausrüstungen, neue Einsatzfahrzeuge sowie ein neues Polizeiboot gekauft. Zwei neue Schießanlagen auf dem modernsten Stand wurden der Polizei zur Nutzung übergeben; die dritte folgt im August 2021. Für die Polizei Berlin wurden insgesamt ca. 1.100 neue Fahrzeuge beschafft. Die Feuerwehr erhielt ca. 325 neue Fahrzeuge. Zudem wurden rund 2.100 Smartphones und 2.500 Tablets gekauft, u. a. für alle Funkstreifenwagen der Polizei Berlin.

Neben der Stelle eines Bürger- und Polizeibeauftragten bekommt Berlin noch in diesem Jahr ein neues Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG). Dieses moderne Polizeigesetz hält die Balance zwischen konsequenter Strafverfolgung und Gefahrenabwehr sowie den Bürger- und Freiheitsrechten. Berlin ist die Hauptstadt der Demonstrationen. In keiner anderen deutschen Stadt finden mehr Versammlungen und politische Kundgebungen statt. Mit dem Versammlungsfreiheitsgesetz schaffen wir eine zeitgemäße rechtliche Grundlage – nach der Maxime: im Zweifel für die Versammlungsfreiheit.

## **EIN NEUES LANDESAMT FÜR DIE EINWANDERUNGSSTADT BERLIN**

Die frühere Ausländerbehörde wurde zu einem eigenen Landesamt für Einwanderung umstrukturiert. Berlin ist die beliebteste Einwanderungsstadt Deutschlands und braucht dringend Fachkräfte. Mit dem Senator a. D. Wolfgang Wieland konnte ein Ombudsmann gewonnen werden, der als Berater und Ansprechpartner für alle Fragen sowie Beschwerden zur Verfügung steht. Eine solche Stelle ist bundesweit einmalig.

## **GEGEN JEDE FORM DES EXTREMISMUS**

R2G steht für die Bekämpfung extremistischer Gewalt, gruppenbezogener Hasskriminalität und jeder Form des Antisemitismus. Die Innenverwaltung hat einen bundesweit beachteten Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt in Berlin ins Leben gerufen und einen Antisemitismusbeauftragten bei der Polizei Berlin eingeführt. Gegen Extremismus im öffentlichen Dienst wurde ein 11-Punkte-Plan aufgestellt und eine Extremismusbeauftragte bei der Polizei Berlin ernannt. Für die Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz bei der Bekämpfung des Rechtsterrorismus wurde das Gemeinsame Informations- und Bewertungszentrum (GIBZ) geschaffen.

- 2.260 zusätzliche Stellen für die Polizei
- 1.200 neue Polizistinnen und Polizisten pro Jahr eingestellt
- 858 neue Stellen bei der Feuerwehr
- 1.100 neue Fahrzeuge für die Polizei
- 325 neue Fahrzeuge für die Feuerwehr



# SENATSVERWALTUNG FÜR JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ

## PLATZ FÜR DIE VIELEN NEUEN MITARBEITENDEN IN DER BERLINER JUSTIZ

Der Senat hat den jahrzehntelangen Stillstand beendet und schafft Platz für die mehr als 500 neuen Mitarbeitenden der Berliner Justiz, für die in dieser Legislatur zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Mit dem Kathreiner-Haus hat die Berliner Justiz – erstmals seit 2005 – wieder ein zusätzliches Gerichtsgebäude erhalten. Nach der Sanierung des 10.000 Quadratmeter großen architektonischen Juwels am Kleistpark wird dort das Verwaltungsgericht einziehen. Um kurzfristig Platz zu schaffen, konnte darüber hinaus ein Teil des ehemaligen Air-Berlin-Gebäudes angemietet werden, in den inzwischen 200 Mitarbeitende der Staatsanwaltschaft gezogen sind. Für unsere Auszubildenden in der Justiz konnten wir ein neues Gebäude als Justizausbildungszentrum gewinnen, das bis 2023 ertüchtigt wird. Schließlich hat der Senat die Weichen für ein zwölftes Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf gestellt, damit die Justiz überall in Berlin bürgernah und niedrigschwellig zu erreichen ist.

## BEKÄMPFUNG DER ORGANISIERTEN KRIMINALITÄT

Berlin dreht der organisierten Kriminalität den Geldhahn zu. Dazu wurde Ende 2018 eine neue Spezialabteilung bei der Berliner Staatsanwaltschaft gegründet, die die gesetzlichen Möglichkeiten der Einziehung von Vermögen voll ausschöpft. Mit der Beschlagnahme von 77 Immobilien hat Berlin hier ein bundesweit beachtetes Zeichen gesetzt und dafür gesorgt, dass diese nach rechtskräftiger Einziehung dem Gemeinwohl zur Verfügung gestellt werden können. Darüber hinaus wurde eine Taskforce zur intensiveren Überwachung der notariellen Pflichten zur Prävention von Geldwäsche eingerichtet. Auch bei der Bekämpfung der organisierten Lebensmittelkriminalität, z. B. der Fälschung von vermeintlich hochwertigem Olivenöl, hat sich Berlin in den vergangenen fünf Jahren an die Spitze der Bundesländer gesetzt und sich für eine bessere Zusammenarbeit der beteiligten Behörden – von der Lebensmittelüberwachung bis zum Zoll – eingesetzt.

## WIRKUNGSVOLLER SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG

Mit dem am 21. Juni 2020 in Kraft getretenen Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) schützt Berlin als erstes Bundesland seine Bürgerinnen und Bürger effektiv vor Diskriminierungen durch staatliches Handeln. Anders als das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz im Bund schützt das LADG auch vor Diskriminierung aufgrund des sozialen Status. Mit Ansprüchen auf Schadensersatz und Entschädigung, einer Beweislast erleichterung, dem Verbandsklagerecht und der neu eingerichteten unabhängigen LADG-Ombudsstelle werden Betroffene bei der Durchsetzung ihrer Rechte wirkungsvoll unterstützt. Mit dem LADG wird eine Kultur der Wertschätzung von Vielfalt als verbindliches Leitprinzip der Berliner Verwaltung

festgeschrieben. Diese wird durch das vom Senat im September 2020 beschlossene Diversity-Landesprogramm konkretisiert und umgesetzt.

## **GUTES ESSEN FÜR ALLE BERLINERINNEN UND BERLINER: REGIONAL, SAISONAL, NACHHALTIG**

Mehr biologische, regionale und saisonale Lebensmittel – und das für alle Berlinerinnen und Berliner: Um dieses Ziel der Berliner Ernährungsstrategie zu erreichen, haben wir einen bunten Strauß an Projekten auf den Weg gebracht. So berät und unterstützt die Kantine Zukunft das Küchenpersonal der Berliner Kantinen, um mehr frisches und biologisches Essen auf die Teller in Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Betrieben zu bringen. In den Kiezen unterstützen wir LebensmittelPunkte, in denen regionale Lebensmittel gekauft, gemeinsam gekocht und gegessen werden können. Außerdem fördern wir FairTeiler-Kühlschränke, damit Lebensmittel nicht weggeworfen, sondern gerettet werden. Auch auf Bundesebene treibt Berlin als Stadt der Verbraucherinnen und Verbraucher die Agrar- und Ernährungswende voran, etwa indem wir die tierschutzwidrigen Vorschriften zur Schweinehaltung vom Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen.

- 226 zusätzliche Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte – mehr als jede Koalition zuvor (2017–2019 146 Stellen, 2020–2021 80 zusätzliche Stellen im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Bereich).
- 56 Prozent Frauenanteil bei Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten (Stand Dezember 2019).
- Im Dezember 2020 waren 1.916 Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Land Berlin tätig.
- Derzeit befinden sich 260 Anwärterinnen und Anwärter in der Ausbildung für den Allgemeinen Vollzugsdienst in den Berliner Gefängnissen.
- 77 Immobilien aus der organisierten Kriminalität wurden beschlagnahmt.
- Berlin erhält mit dem Kathreiner-Haus rund 10.000 Quadratmeter zusätzliche Fläche für die Justiz.



# SENATSVERWALTUNG FÜR FINANZEN

## VORAUSSCHAUENDE HAUSHALTPOLITIK - ROBUSTES WACHSTUM

Berlin schloss den Haushalt 2020 aufgrund der Corona-Krise erstmals nach acht Jahren wieder mit einem Defizit ab – das Minus betrug 1,5 Milliarden Euro. Vorausschauend war es, für ein Krisenszenario dieses Ausmaßes vorgesorgt zu haben. Dank des Prinzips „Konsolidieren und Investieren“ wurde bei deutlich gestiegenen Investitionen die Schuldenquote bis Ende 2019 auf 37,5 Prozent gesenkt. Diese wird Corona-bedingt nun auf 45 Prozent steigen. 2020 nicht benötigte Kreditmittel liegen in der Pandemie-Rücklage. Damit lassen sich wirtschaftliche Impulse geben und negative Folgen des Lockdowns abfedern. Berlin setzt das Jahrzehnt der Investitionen fort und sorgt für robustes Wachstum: Die Bauinvestitionen lagen 2020 mit fast 525 Millionen Euro auf Rekordniveau, das Gesamtniveau der Investitionen blieb mit rund 2,3 Milliarden Euro hoch.

## ATTRAKTIVER ARBEITGEBER - MEHR PERSONAL

Gute Bezahlung, sichere Jobs und flexible, familienfreundliche Arbeitsformen: Die Verwaltung ist attraktiv. Der Personalbestand wuchs 2020 erneut – insgesamt um rund 3.500 Beschäftigte. In den vergangenen sechs Jahren wuchs die Beschäftigtenzahl kontinuierlich an: Von rund 111.500 Ende 2014 auf rund 127.400 Ende 2020. Die Besoldung wurde an den Durchschnitt der Bundesländer angeglichen. 2019 und 2020 erfolgten Anpassungen um jeweils 4,3 Prozent. Zum 1. Januar 2021 gab es zuletzt eine Anhebung um 2,5 Prozent. Dreimal positiv: Zusätzlich erhalten Landesbedienstete 150 Euro pro Monat mehr. Auf sachgrundlose Befristungen wird im unmittelbaren Landesdienst verzichtet. Und Stellenbesetzungsverfahren laufen inzwischen meist über REXX – mit dem E-Recruiting wurde die Durchschnittsdauer deutlich auf dreieinhalb Monate verkürzt. Derzeit erprobt die Senatsfinanzverwaltung Co-Working mit dem Ziel, die Arbeit flexibler zu gestalten und das Raum- und Flächenmanagement zu verbessern. Das Pilotprojekt „Arbeit mal anders“ durchläuft nach erfolgreich abgeschlossener Testphase die zweite Phase am Standort in der Klosterstraße 71.

## STEUERGERECHTIGKEIT

Die Senatsfinanzverwaltung prüft seit 2017 verstärkt bargeldintensive Branchen wie das Taxi-, Gastronomie- oder Glücksspielgewerbe, um Steuerumgehungen einzudämmen. Mit Erfolg! Allein bei den rund 2.300 Betriebsprüfungen der Gastronomie wurde ein Mehrergebnis von ca. 53 Millionen Euro erzielt. Ein Schwerpunkt ist auch der Onlinehandel. Das Finanzamt Neukölln leistet hierbei Pionierarbeit: Es ist bundesweit zuständig für die umsatzsteuerliche Registrierung chinesischer Unternehmen. Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit den Handelsplattformen und anschließende gesetzliche Auf-

zeichnungs- und Haftungsregelungen wirkten: Waren es 2018 noch 432 chinesische Unternehmen, sind es jetzt rund 60.000. Das Steueraufkommen stieg von knapp 34 auf rund 242 Millionen Euro.

## LEBENSWERTES BERLIN

Berlin soll als Hauptstadt, Bildungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsstandort langfristig lebenswert bleiben – dank strategischer Bodenpolitik. Auf Grundstücksverkäufe wird generell verzichtet. Dieser Verzicht geht einher mit aktiver Grundstücksvorsorge und bevorzugter Vergabe von Erbbaurechten zu günstigeren Konditionen. Außerdem werden Bezirke dabei unterstützt, Vorkaufsrechte in Milieuschutzgebieten auszuüben. Ein weiteres Zukunftsthema ist die Energieversorgung. Deren Rekommunalisierung nimmt Gestalt an. Ende 2020 bot Vattenfall AB dem Land die Übernahme der Stromnetz Berlin GmbH an. Eine Arbeitsgruppe treibt das Projekt zur Beschlussreife im Senat im April 2021 voran.

- 440 Millionen Euro – das ist die Summe, die mit dem aktuellen Doppelhaushalt für die Jahre 2020 und 2021 in die digitale Verwaltung investiert wird.
- 850.000 wirtschaftliche Einheiten gibt es in Berlin, für die ab 2025 eine neue Grundsteuer für Wohnen und Gewerbe festgesetzt wird. Das Reformmodell des Bundes gewährleistet ein Maximum an Steuergerechtigkeit.
- Rund 2,3 Milliarden Euro hat Berlin investiert, um das Tarifergebnis von 2019 umzusetzen, inklusive der Übertragung auf die – an den Länderdurchschnitt angepasste – Besoldung.
- 45 Prozent beträgt die aktuelle Schuldenquote, also das Verhältnis von Schuldenstand zu Bruttoinlandsprodukt. 2005 lag der Wert bei 67,1 Prozent.
- Auf 450 Millionen Euro beläuft sich der Investitionsfonds – wichtiger Teil eines Konjunkturprogramms für Berlin und für Innovation.





# SENATSVERWALTUNG FÜR STADT- ENTWICKLUNG UND WOHNEN

## AUSWEITUNG DES LANDESEIGENEN WOHNUNGSBESTANDS

Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sind bei der Schaffung von leistbarem Wohnraum unsere wichtigsten Partner. Sie haben in dieser Legislatur den Neubaumotor angeworfen und ihre Bestände zudem durch strategische Ankäufe deutlich erweitert. Zum 31.12.2020 verfügen sie über 336.238 Wohnungen. Das Ziel des Koalitionsvertrags, den landeseigenen Wohnungsbestand zum Ende dieser Legislatur auf 340.000 Wohnungen zu erhöhen, wird somit aller Voraussicht nach sogar übererfüllt. Darüber hinaus wurde die Projektpipeline weiter gefüllt. Waren zu Beginn 2017 noch rund 33.000 Wohnungen in Planung und Bau, so sind es heute über 63.000. Damit stellen wir sicher, dass die Schaffung von leistbarem Wohnraum auch über diese Legislatur hinaus gewährleistet ist.

## SINKENDE MIETEN

Während die Mieten in fast allen großen Städten Deutschlands 2020 weiter stiegen, sind sie in Berlin erneut gesunken. Grund dafür sind die mietenpolitischen Maßnahmen dieses Senats. Wesentliche Instrumente hierfür sind unter anderem die Verschärfung des Zweckentfremdungsverbotgesetzes, eine deutliche Ausweitung der sozialen Erhaltungsgebiete sowie die Erhöhung der Anzahl geförderter Wohnungen. Wichtiger Partner für stabil niedrige Mieten sind zudem die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Sie haben sich zu einer sozial ausdifferenzierten Mietenpolitik im Bestand verpflichtet und stellen zudem sicher, dass auch ihre Neubauwohnungen für breite Schichten der Bevölkerung leistbar sind und bleiben. Das Ziel ist weiterhin, Angebote für viele Mieterinnen und Mieter zu schaffen, damit Berlin lebenswert und bezahlbar bleibt.

## LANDESEIGENE HOCHBAUMASSNAHMEN

Ob Schulen, Kitas, Sporthallen, Unterkünfte für Geflüchtete, Kultur- oder Wissenschaftsbauten – die Hochbauabteilung des Landes Berlin hat in dieser Legislatur buchstäblich Großes geleistet. So wurde die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden abgeschlossen, die Sanierung und Grundinstandsetzung des Theaters an der Parkaue, Deutschlands größten Kinder- und Jugendtheaters, ist in vollem Gange. Berlins Universitäten freuen sich auf und über neue Wissenschaftsbauten sowie grundsanierte Institute. Bei der Schulbauoffensive setzt das Land Berlin auf Holz. Es wurden bereits drei Schulen in Holzmodulbauweise fertiggestellt. Mitte dieses Jahres wird ein Erweiterungsbau in Holzskelettbauweise für eine Berufsschule übergeben sowie zwei von insgesamt 32 Schulergänzungsbauten in Holzmodulbauweise fertiggestellt. Darüber hinaus geht mit den Holzcompartment-

schulen (HOCOMP) in diesem Jahr ein weiteres großes Holzbauprogramm für bis zu zehn Grund- und Integrierte Sekundarschulen an den Start.

## PLANEN FÜR DIE ZUKUNFT

Wir haben die planerischen Voraussetzungen für das weitere Wachstum Berlins geschaffen. So wurden die Stadtentwicklungspläne Wohnen 2030, Wirtschaft 2030 und Zentren 2030 beschlossen. Der Stadtentwicklungsplan Klima 2030 soll im zweiten Quartal 2021 folgen. Auch in den neuen Stadtquartieren geht es voran. Waren es zu Beginn der Legislatur noch elf, so zählt Berlin mittlerweile 16 Quartiere. Hier entstehen schon jetzt und in den kommenden Jahren über 50.000 neue Wohnungen. Im Sommer 2021 starten die Arbeiten am Schumacher Quartier. Mit über 5.000 Wohnungen wird hier, auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tegel, das größte Holzmodell-Quartier Europas realisiert. In der Europa-City in Sichtweite des Hauptbahnhofs sind die ersten Wohnungen bezogen und auch das Gut Hellersdorf befindet sich in der Fertigstellung. Im neuen Stadtquartier Buckower Felder startet 2021 der Hochbau, im Blankenburger Süden schließen wir in Kürze die vorbereitende Untersuchung ab. Für das Areal des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick wurde die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme festgesetzt, hier starten demnächst die B-Plan-Verfahren.

- Im Jahr 2020 haben die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ihren Bestand um über 10.500 Wohnungen (4.787 Ankauf und 5.792 Neubau) erweitert.
- In 65 sozialen Erhaltungsgebieten sind über eine Million Menschen in 531.236 Wohnungen besser vor Verdrängung geschützt. Die Anzahl der Milieuschutzgebiete ist in dieser Legislatur von 34 auf 64 gestiegen.
- Durch Änderungen des Flächennutzungsplans konnten seit 2016 Bauflächen für weitere 50.000 Wohneinheiten ausgewiesen werden.
- Ab 2021 entsteht mit 5.000 Wohnungen im Schumacher Quartier das weltweit größte Holzbau-Viertel.
- Die Projektpipeline der sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wurde von 33.000 auf über 63.000 Wohnungen erweitert.



# SENATSVERWALTUNG FÜR BILDUNG, JUGEND UND FAMILIE

## BILDUNG SICHER DURCH DIE PANDEMIE BRINGEN

Kitas und Schulen sind von der Corona-Krise massiv betroffen, ihre Schließung belastet junge Menschen und ihre Familien. Die Berliner Bildungseinrichtungen halten mit viel Aufwand und Engagement die Balance zwischen Infektionsschutz, Bildung und Kindeswohl. Die Notbetreuung für systemrelevante Arbeitskräfte hält unserer Stadt den Rücken frei. Mit massiven Investitionen in digitales Lernen, Lernplattformen und 50.000 Tablets für Schülerinnen und Schüler unterstützt R2G das Lernen zuhause. Laptops für Lehrkräfte folgen. Die Ferienschulen und die Programme „LernBrücken“ und „Mobile Jugend-Lern-Hilfe.Jetzt“ reduzieren entstandene Bildungslücken. Masken und Hygienepläne machen Präsenzangebote möglich, wenn das Infektionsgeschehen dafür Spielräume lässt. Mit den mobilen Testteams, Teststellen und Millionen Schnelltests sind Kitas und Schulen ein Schwerpunkt der Berliner Teststrategie.

## BESSERE SCHULEN UND KITAS FÜR DIE WACHSENDE STADT

R2G baut und saniert für eine gute Bildung. Dazu stellt die 2016 gestartete Berliner Schulbauoffensive mehr als 5,5 Milliarden Euro bereit. So sind bisher gut 22.000 neue Schulplätze entstanden. Die ersten neu gebauten Schulen wurden im Sommer 2020 eröffnet, mehr als 60 weitere werden folgen. In dieser Wahlperiode ist mehr Geld in den Kita-Ausbau geflossen als je zuvor; 477 Projekte von Kita-Trägern mit rund 23.000 Plätzen wurden mit öffentlichen Mitteln von insgesamt 260 Millionen Euro gefördert. Außerdem baut Berlin erstmals selbst Kitas. Insgesamt wurden so rund 25.000 neue Plätze ermöglicht. Verbesserte Betreuungsschlüssel in der Kita, ein Paket für mehr Unterrichtsqualität mit vier zusätzlichen Deutschstunden pro Woche, die neue Begabungsförderung und die gute Kooperation mit dem Berliner Profisport nützen allen jungen Berlinerinnen und Berlinern.

## FACHKRÄFTE: GUTE BILDUNG BRAUCHT GUTE PÄDAGOGINNEN UND PÄDAGOGEN

Kompetentes und engagiertes Personal ist der Schlüssel zu guter Bildung. Auch deshalb zahlt Berlin als erstes Land seinen Grundschullehrkräften so viel wie an den weiterführenden Schulen. Seit 2016 hat Berlin mehr als 17.400 Lehrkräfte fest eingestellt, die Kollegien an den Schulen wurden dadurch deutlich jünger. Ab Sommer 2021 wird es an jeder Schule mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit geben. Externe IT-Kräfte verstärken jetzt die Kollegien. Für Inklusion und Sprachförderung stehen weit über 4.000 Stellen zur Verfügung. Die Berliner Kitas haben seit 2016 rund 5.600 Fachkräfte dazugewonnen, Tendenz weiter steigend. Dabei helfen die verbesserte Bezahlung, der Ausbau der

Ausbildungskapazitäten, neue Ausbildungswege und eine Qualifizierungsoffensive für Quereinsteigende. Kindertagespflegepersonen erhalten inzwischen ebenfalls eine höhere Vergütung. Ein Highlight der Anwerbung ist der halbjährliche Berlin-Tag, Deutschlands größte Berufs- und Informationsmesse im Bildungsbereich.

## FAMILIENFREUNDLICHE UND SOZIALE STADT

R2G will gute Bildung für alle. Deshalb sind Berliner Kitas seit 2018 für alle Kinder beitragsfrei und die monatlichen Zuzahlungen begrenzt. Auch für Lernmittel, BVG-Schülertickets und das Schulmittagessen an Grundschulen muss keine Familie mehr zahlen. Der Ganztagsbau wurde weiter ausgebaut. Mit dem Familien-Fördergesetz wird Berlin noch in 2021 eine vielfältige, bedarfsgerechte Unterstützung für die Berliner Familien sichern. Der Ausbau von Familienzentren und Familienservicebüros wurde vorangetrieben. Das Erfolgsprojekt „Stadtteilmütter“ wurde auf Dauer gesichert und wächst. Ob Abenteuerspielplatz, Jugendzentrum oder Festival – mit dem bundesweit ersten Jugendförder- und Beteiligungsgesetz garantieren wir ein breites Angebot für junge Menschen, über das sie mitbestimmen können. Mit neuen Notunterkünften, einer weiteren Kinderschutzambulanz und dem Online-Angebot „Jugendnotmail.Berlin“ hat R2G den Kinderschutz gestärkt.

- 17.400 fest eingestellte Lehrkräfte
- 500 Euro mehr im Monat für Grundschullehrkräfte
- Vier Stunden mehr Deutschunterricht pro Woche
- Null Euro für Kita-Gebühren, Schülertickets, Schulmittagessen und Lernmittel
- Rund 25.000 neue Kita-Plätze gefördert



# SENATSWERWALTUNG FÜR UMWELT, VERKEHR UND KLIMASCHUTZ

## FÜR DIE MOBILITÄTSWENDE BEIM ÖPNV

Berlin hat mit dem bundesweit einzigartigen Mobilitätsgesetz die Grundlagen für eine wirkliche Verkehrswende gelegt. Der Umweltverbund aus ÖPNV, Rad- und Fußverkehr hat nun Vorrang. Der ÖPNV wird durch den milliardenschweren BVG-Verkehrsvertrag und die S-Bahn-Ausschreibung in den kommenden Jahren umfassend modernisiert. Es werden Tausende neue Wagen angeschafft, dichtere Takte eingeführt, Schienen-Verbindungen ausgebaut und innovative Rufbuskonzepte auf den Weg gebracht. Im Pendlerverkehr der Hauptstadtregion wird das 2017 aufgesetzte Schienen-Infrastrukturprojekt i2030 mit zusätzlichen Milliardeninvestitionen attraktive Alternativen zum Auto bieten und zugleich die Außenbezirke besser anbinden. Das Liniennetz der Straßenbahn als verlässliches, leistungsfähiges und kosteneffizientes Verkehrsmittel wird um fast 40 Prozent erweitert.

## FÜR DIE MOBILITÄTSWENDE BEIM RAD- UND FUSSVERKEHR

In Berlin werden knapp ein Drittel aller Wege zu Fuß und inzwischen fast ein Fünftel aller Wege mit dem Rad zurückgelegt. Mit einer Verzwanzigfachung der Radverkehrsstellen in Bezirken und Senatsverwaltung wird der Ausbau Berlins zur Fahrradstadt geplant und umgesetzt: Erste Protected Bike Lanes entstanden, gut 25 Kilometer Pop-Up-Radwege brachten mehr Sicherheit, Pläne für zehn Radschnellverbindungen zwischen innerer und äußerer Stadt liegen jetzt vor. Das neue Radverkehrsnetz wird mit rund 3.000 Kilometern Länge so umfassend wie nie. Zugleich erhält der Fußverkehr im Mobilitätsgesetz einen völlig neuen Stellenwert: Längere Grünphasen, verbesserte Barrierefreiheit und mehr Schulwegsicherheit werden verbindlich. Die „Autofreie Friedrichstraße“ hat internationale Beachtung als Projekt für die Entwicklung menschenfreundlicher Innenstädte gefunden.

## FÜR DAS STADTGRÜN UND EINE SAUBERE STADT

Berlin soll eine grüne Stadt bleiben: Durch die Klimaerhitzung, aber auch durch das dynamische Baugeschehen sind städtische Grünflächen gefährdet. Deshalb wurde mit der „Charta Stadtgrün“ eine konkrete Selbstverpflichtung des Landes eingeführt, damit die Verwaltung bei ihren Planungen und Entscheidungen das urbane Grün erhält und ausbaut. Nach Jahren der Diskussion hat die Senatsumweltverwaltung zudem mit dem neuen Kleingartenentwicklungsplan fast alle landeseigenen Parzellen bis 2030 gesichert. Initiativen zur Wertschätzung wie die Stadtnatur-Rangerinnen und -Ranger sorgen für ein besseres Miteinander in Berlins Grünanlagen. Das Ziel „Zero Waste“, konsequente Müllvermeidung und Wiederverwendung, ist Leitbild im neuen Abfallwirtschaftskonzept. Nicht zuletzt hat der Luftreinhalteplan die Berliner Luft erstmals unter die EU-Grenzwerte gebracht.

## FÜR KONSEQUENTEN KLIMASCHUTZ

Auf Initiative der Senatsumweltverwaltung hat Berlin 2019 als erstes Bundesland die Klimanotlage anerkannt und weitreichende Maßnahmen beschlossen. Mit einer Kohleausstiegsstudie hat die Senatsverwaltung Berlins Weg aus der Kohle bis 2030 durchgerechnet und analysiert. Die rund 1.700 Busse der BVG werden bis 2030 komplett elektromobil fahren. Für 125 Projekte im Berliner Programm für Nachhaltige Entwicklung wurden bereits mehr als 220 Millionen Euro bereitgestellt. Und mit der Novelle des Energiewendegesetzes setzt Berlin bundesweit Maßstäbe für konsequenten Klimaschutz: Die Paris-Ziele werden handlungsleitend, es gelten strenge Energiestandards sowie eine Solarpflicht für öffentliche Gebäude und Berlins öffentliche Fuhrparks werden dekarbonisiert. Erstmals öffnet ein Bundesland seine Netze für klimaschonende Wärme.

- Zwei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> werden mit dem Kohleausstieg ab 2030 jährlich eingespart
- 99 Bahnhöfe werden in der Metropolregion erneuert oder gebaut
- 800 Millionen Euro werden bis 2030 pro Jahr in Fahrzeuge und Infrastruktur der BVG investiert
- 310.000 junge Setzlinge wurden im Mischwaldprogramm 2019 gepflanzt
- 226 Millionen Euro für Klimaschutz-Projekte stecken im BENE-Programm 2014 bis 2023



# SENATSVERWALTUNG FÜR GESUNDHEIT, PFLEGE UND GLEICHSTELLUNG

## BEKÄMPFUNG DER CORONA-PANDEMIE

Schon vor dem Auftreten erster Infektionsfälle zu Beginn der Corona-Pandemie hat Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci den Krisenstab aktiviert, in dem Fachleute aus der Gesundheitsverwaltung mit allen beteiligten Stellen in den Bezirken, bei Feuerwehr und Polizei, der Bundeswehr, den Krankenhäusern und den anderen Verwaltungen zusammenarbeiten, um die bestmögliche Versorgung der Berlinerinnen und Berliner zu gewährleisten und der Ausbreitung des Coronavirus entgegenzuwirken.

Mit seinen 60 mobilen Impfteams ist das Land Berlin Vorreiter bei der Impfung der Pflegebedürftigen in den Berliner Pflegeheimen. In den sechs Impfzentren im gesamten Stadtgebiet können je nach Lieferung der Impfstoffe bis zu 20.000 Impfungen am Tag durchgeführt werden.

Die Berliner Krankenhauslandschaft hat mit Unterstützung der Senatsgesundheitsverwaltung schnell reagiert, indem in den Berliner Krankenhäusern 500 zusätzliche Beatmungsbetten geschaffen wurden. Das Corona-Behandlungszentrum in der Jafféstraße steht nach wie vor für den Notfall mit seinen bis zu 1.000 Betten bereit. Die Berliner Gesundheitsämter wurden personell und finanziell gestärkt. Das digitale Kontaktmanagementsystem SORMAS wurde den Bezirken zur Verfügung gestellt.

## BERLINER KLINIKOFFENSIVE

Mit der Berliner Klinikoffensive hat das Land Berlin ein noch nie dagewesenes Investitionsprogramm für die Berliner Krankenhäuser auf den Weg gebracht. Damit die Berlinerinnen und Berliner möglichst gut in den Krankenhäusern behandelt und versorgt werden können, bedarf es wichtiger Investitionen. Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci hat für das Jahr 2021 ein Programmvolumen von 234 Millionen Euro eingerichtet. Zu Beginn der Legislatur waren es lediglich knapp 77 Millionen Euro. Mit den Investitionsmitteln konnten beispielsweise OP-Säle modernisiert und OP-Kapazitäten erweitert, Rettungsstellen an die stetig höheren Anforderungen angepasst, ein besserer Standard der Pflegebereiche durch Umwandlung von Vier-Bett-Zimmern in Zwei-Bett-Zimmer geschaffen und medizinisches Gerät für moderne digitale bildgebende Diagnostik (Röntgengeräte, CT, MRT) sowie für andere wichtige Untersuchungs- und Behandlungsbereiche angeschafft werden.

## BERLINER PAKT FÜR DIE PFLEGE UND AUSBILDUNGSOFFENSIVE

Berlin hat mit Dilek Kalayci die erste Pflegesenatorin Deutschlands. Sie hat gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Berliner Pflegebereich, den Kassen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen sowie den Pflegeverbänden den „Berliner Pakt für die Pflege“ unterzeichnet. Die Unterzeichnenden verpflichten sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu konkreten Handlungsschritten, um

die Ausbildung attraktiver und bedarfsgerechter zu gestalten, die Vergütungen anzupassen und das Gesundheitsmanagement sowie die Familienfreundlichkeit zu stärken. Mit Beginn des Umsetzungsprozesses der Pflegeberufereform war es der Senatorin ein besonderes Anliegen, dass die Ausbildung auskömmlich finanziert ist. Hierfür sorgt der Ausbildungsfonds, der im Jahr 2020 ein Volumen von insgesamt 55.833.872,59 Euro umfasste. Mit derzeit über 2.000 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen und rund 3.100 für das Schuljahr 2021 angemeldeten Schülerinnen und Schüler befinden sich nach dem Start insgesamt rund 5.000 Auszubildende in der neuen Pflegeausbildung.

## SCHUTZ FÜR VON GEWALT BETROFFENE FRAUEN

Jede dritte Frau in Deutschland ist mindestens einmal in ihrem Leben von physischer und/oder sexualisierter Gewalt betroffen. Etwa jede vierte Frau wird mindestens einmal Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner. Gewalt gegen Frauen stellt eine Menschenrechtsverletzung dar. Der Schutz für von Gewalt betroffene Frauen ist daher ein zentrales Anliegen des Berliner Senats. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung hat einen Fokus auf den Ausbau der Schutzplätze für von Gewalt betroffene Frauen gelegt. Zu Beginn der Legislatur gab es in Berlin 687 Schutzplätze, heute sind es 973. Es konnte im letzten Jahr das siebte Berliner Frauenhaus eröffnet werden, noch in diesem Jahr wird das achte eröffnet. Durch die Konzentration auf das Häusliche in der Corona-Pandemie ist von einer Zunahme von häuslicher Gewalt auszugehen. Mit Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 wurden zusätzliche Notschutzplätze in einem eigens dafür angemieteten Stadthotel bereitgestellt.

- 234 Millionen Euro für bessere Ausstattung und Versorgungsmöglichkeiten in den Krankenhäusern: Durch die Klinikoffensive hat Berlin ein noch nie dagewesenes Investitionsprogramm der Berliner Krankenhäuser auf den Weg gebracht.
- Gegen Gewalt an Frauen: Mit dem Ausbau der Schutzplätze für von Gewalt betroffene Frauen verfügt Berlin über 973 Schutzplätze; noch in diesem Jahr wird es bereits ein achttes Frauenhaus geben.
- Für eine attraktive Pflegeausbildung und die Umsetzung der Pflegeberufereform wurde für das Ausbildungsjahr 2020 in Berlin ein Ausgleichsfonds in Höhe von 55,8 Millionen Euro gebildet; der Landesanteil beträgt 4,9 Millionen Euro. Rund 2.000 Auszubildende befinden sich seit April 2020 in der neuen Pflegefachkraftausbildung. Für 2021 planen die Ausbildungsbetriebe mit weiteren 3.000 Neubeginnen.
- Alleinerziehende besser unterstützen: Die Koordinierungsstellen für Alleinerziehende werden auf alle zwölf Bezirke ausgedehnt. Dafür standen in den Jahren 2018 und 2019 über 500.000 Euro und im Jahr 2020 rund 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. In diesem Jahr kommen noch einmal rund 1,7 Millionen Euro dazu.
- Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung wird gestärkt: Für die Fortführung der wichtigen und erfolgreichen Arbeit der Clearingstelle hat das Land 2020 über 2,3 Millionen Euro ausgegeben. Im Jahr zuvor waren es 1,5 Millionen Euro und für 2021 werden noch einmal über 2,6 Millionen Euro investiert.





# SENATSVERWALTUNG FÜR INTEGRATION, ARBEIT UND SOZIALES

## SOLIDARISCHES GRUNDEINKOMMEN (SGE)

Durch das Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen (SGE) haben 1.000 vormals langzeitarbeitslose Menschen in Berlin einen sicheren Arbeitsplatz gefunden. Die Teilnahme am SGE ist freiwillig, die Beschäftigten sind nach dem Prinzip der Guten Arbeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt und werden nach Tarif oder Berliner Landesmindestlohn von 12,50 Euro bezahlt. Alle Tätigkeiten sind gemeinwohlorientiert, etwa als Mobilitäts- oder Kita-Helferin bzw. -Helfer, im Besuchs- und Betreuungsdienst oder als Citylotsin bzw. -lotse, Quartiersläuferin bzw. -läufer oder Obdachlosenlotsin bzw. -lotse. Die Beschäftigung wird durch ein Coaching unterstützt. Qualifizierungen und Weiterbildungen können beschäftigungsbegleitend realisiert werden. SGE-Beschäftigte haben dadurch die Möglichkeit zum beruflichen Aufstieg während oder im Anschluss an die Förderung. Berlin finanziert das Pilotprojekt mit insgesamt 167,7 Millionen Euro.

## GESAMTSTÄDTISCHE STEUERUNG DER UNTERBRINGUNG (GSTU)

Die Unterbringung wohnungsloser Menschen wird komplett und stadtweit neu organisiert. Diese gesamtstädtische Steuerung (GSTU) ermöglicht es, wohnungslose Menschen nach ihrem spezifischen Bedarf in qualitätsgesicherten Unterkünften unterzubringen. Dies soll ähnlich einem Hotelbuchungssystem „auf Knopfdruck“ funktionieren. Wichtigster Bestandteil ist ein neues digitales Fachverfahren. Nach dem Prinzip „Mensch sucht Bett“ suchen die zuständigen Mitarbeitenden in dieser Datenbank nach einem passenden Platz in einer Unterkunft, sowohl in den Bezirken als auch in den Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Das Projekt startete im Jahr 2018. Im März 2021 beginnt die Pilotphase mit den Bezirken Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf sowie dem LAF. Später wird dieses Verfahren stadtweit angewendet.

## BERLINER UNABHÄNGIGE BESCHWERDESTELLE (BUBS)

Die Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS) ermöglicht geflüchteten Menschen, Wünsche und Kritik zu äußern und auf Mängel zu verweisen. Die Beschwerdestelle startete im Februar 2021 und wird von der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. geführt. Zum Team gehören 15 Beschwerdelotsinnen und -lotsen mit Flucht- oder Einwanderungsgeschichte. Sie bieten in den Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) mehrsprachige Sprechstunden an. Bei den Beschwerden soll es auch um Themen der Bildung, Arbeit, Wohnung, medizinische Versorgung und Kinderbetreuung gehen.

Ein Fachbeirat und ein Begleitgremium werten die anonymisierten Beschwerden aus und geben Empfehlungen an den Senat. Ziel ist es, eine qualitätsgesicherte und bedarfsgerechte Unterbringung für alle geflüchteten Menschen zu gewährleisten.

## AUSFÜHRUNGSVORSCHRIFT WOHNEN (AV WOHNEN)

Für Menschen, die von staatlicher Unterstützung leben, hat das Land Berlin im Oktober 2019 weitere Verbesserungen sowie höhere Miet- und Heizkostenzuschläge festgelegt, die jüngsten im März 2021. So müssen Menschen weniger Sorge haben, nach Mieterhöhungen die Wohnung zu verlieren. Die neuen Bestimmungen stehen in der Ausführungsvorschrift Wohnen (AV Wohnen). Richtwerte für die Bruttokaltmiete wurden, je nach Haushaltsgröße, um drei bis sieben Prozent erhöht. In Einzelfällen können die Richtwerte um zehn Prozent überschritten werden, etwa für über 60-Jährige, für Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderung sowie bei der Pflege naher Angehöriger. Für wohnungslose Familien mit Kindern dürfen die Richtwerte bis zu 20 Prozent überschritten werden, in Einzelfällen auch mehr. Für Alleinerziehende mit Kind gilt ein größerer Wohnraumbedarf.

- 1.000 sozialversicherte und sichere Arbeitsplätze für langzeitarbeitslose Menschen in Berlin im Rahmen des Pilotprojektes Soziales Grundeinkommen (SGE).
- 1.574 Notunterkünfte in der Kältehilfe für obdachlose Menschen, davon 624 im Tag-und-Nacht-Betrieb. Zum Vergleich: 2016 waren es 546.
- 12,50 Euro Berliner Landesmindestlohn gesetzlicher Mindestlohn im Bund: 9,50 Euro) und Verzicht auf sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst und in den Landesbetrieben bei Neueinstellungen.
- 8,50 Euro weniger im Monat zahlen Geringverdienende für ein Berlin-Ticket S der BVG. Berlin hat den Monatspreis im Juli 2017 von bisher 36 auf 27,50 Euro gesenkt.
- Für etwa 19.000 Geflüchtete in landeseigenen Unterkünften gibt es seit Februar 2021 die Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS). In mehrsprachigen Sprechstunden können die Menschen ihre Kritik und Wünsche äußern.



# DER REGIERENDE BÜRGERMEISTER VON BERLIN/SENATSKANZLEI

## ENGAGEMENT- UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Berlin ist Europäische Freiwilligenhauptstadt 2021. Der Senat hat in allen Bezirken Freiwilligenagenturen etabliert und die Ehrenamtskarte gemeinsam mit Brandenburg weiterentwickelt. Fest im Engagementkalender verankert wurden der Aktionstag „Berlin sagt Danke!“, der #Farbenbekennen-Award für engagierte Geflüchtete, die Freiwilligenbörse und der Stiftungstag. [www.berlin.de/buergeraktiv](http://www.berlin.de/buergeraktiv) wurde zum Berliner Engagementportal weiterentwickelt. 2020 hat der Senat erstmals die Ausrichtung eines Demokratietags gefördert. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft hat der Senat eine Engagementstrategie erarbeitet, für die 2021 ein Umsetzungsplan erstellt wird.

## CORONA-HILFEN

Im Jahr 2020 hat der Senat geholfen, bezirkliche Koordinierungsstellen und eine Hotline für ehrenamtliche Corona-Hilfe aufzubauen. Ebenfalls 2020 hat der Senat einen Rettungsschirm für gemeinnützige Organisationen aufgespannt und ein Programm zur Unterstützung der Zivilgesellschaft bei der Digitalisierung gestartet.

## ANPASSUNG DES RUNDFUNK- UND MEDIENRECHTS AN DIE HEUTIGE ZEIT

Mehrere Rundfunk-/Medienstaatsverträge wurden erfolgreich ratifiziert. Dabei wurden auch die bisherigen Regeln mit Blick auf Dienste wie Plattformen und Streaming aktualisiert. Dabei waren und bleiben für R2G insbesondere die Verbesserung von Chancen- und Wettbewerbsgleichheit sowie Transparenz wichtige Anliegen. Aktuell erfolgt die Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages. Mit dem novellierten Medienstaatsvertrag Berlin-Brandenburg wurde der rechtliche Rahmen an die Digitalisierung und das veränderte Mediennutzungsverhalten angepasst. Die Novellierung des rbb-Staatsvertrags soll schnell umgesetzt werden.

## AUSBAU DES FILMSTANDORTS

Zusätzlich zur breit angelegten Filmförderung startete 2018 unter Federführung der Senatskanzlei mit bis zu 10 Millionen Euro pro Jahr das seitdem erfolgreich laufende Förderprogramm zur Digitalisierung des Filmerbes, das dazu beiträgt, filmhistorisch und künstlerisch besonders wertvolle Werke für die Nachwelt zu erhalten. Die Stärkung des Standorts Berlin für Film- und Fernsehproduktionen, gerade auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie, bleibt der Anspruch.

Medienunternehmen werden seit Mai 2020 im Rahmen der Soforthilfe IV unterstützt. Zusätzlich beteiligt sich Berlin mit bis zu 10 Millionen Euro an den Ausfallfonds für Film-, VoD- und Fernsehproduktionen. Aktuell hat die Senatskanzlei im Rahmen des Runden Tisches Sozialstandards ein Gutachten in Auftrag gegeben, um die Arbeitsbedingungen der Film- und Fernsehschaffenden zu untersuchen und eventuelle Verbesserungspotentiale zu identifizieren.

## AUSBAU DES GAMES-STANDORTS

Die Games-Branche hat für die Hauptstadtregion eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung. Beim Regierenden Bürgermeister in der Senatskanzlei wurde u. a. ein Runder Tisch zum E-Sport etabliert.

## WLAN

Das kostenlose städtische WLAN Free WiFi Berlin ist über 8.000 Hotspots zu empfangen, die Zahl hat sich damit vervierfacht. 2021 wird das Netz weiter ausgebaut.

- Die Senatskanzlei fördert zwölf Freiwilligenagenturen in Berlin.
- 8.000 Hotspots ermöglichen den Empfang des städtischen WLAN.

## IMPRESSUM:

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin,  
Senatskanzlei, Jüdenstraße 1, 10178 Berlin  
Tel. +49 30 9026-2411, presse-information@senatskanzlei.berlin.de,  
www.berlin.de/senatskanzlei



@regberlin